

**Adresse des Reichstages**

an Se. Majestät den Deutschen Kaiser.

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser,  
Allergnädigster Kaiser und Herr!

Durch Gottes gnädige Fügung ist es Ew. Majestät und der einmüthigen Nation gelungen, die Sehnsucht der Vorfahren und die Hoffnung der Mitlebenden zu erfüllen. Auf festeren Grundlagen als je, ist das Deutsche Reich wieder ausgerichtet und die Nation ist entschlossen, es zu erhalten in der Fülle seiner Kraft, es fortzuentwickeln auf den Bahnen der Freiheit und des Friedens.

Wollen Ew. Majestät den Dank entgegennehmen, welchen die gesamte Nation dem erhabenen Feldherrn, dem Heldenmuth und der Hingebung des deutschen Heeres schuldet, den Dank für die gewaltigen Thaten, denen es beschieden war, nicht allein die gegenwärtige Gefahr abzuwenden, sondern auch die Zukunft vor der Wiederkehr gleicher Gefahren zu schützen. Denn mehr noch als die erlittenen Niederlagen wird die jetzt starke Befestigung unserer Grenzen den Nachbarn zur Vorsicht nöthigen.

Die schweren Drangsale, welche über die Noth des Krieges hinaus Frankreich heute erduldet, bekräftigen die oft, doch niemals straflos verkannte Wahrheit, daß in dem Verbanne der civilisirten Völker selbst die mächtigste Nation nur in der weisen Beschränkung auf die volle Entfaltung ihres inneren Wesens vor schweren Verwirrungen gesichert bleibt.

Auch Deutschland hat einst, indem die Herrscher den Ueberlieferungen eines fremdländischen Ursprunges folgten, durch Einmischung in das Leben anderer Nationen die Krime des Verfalles empfangen. Das neue Reich ist dem selbstkeigenen Geiste des Volkes entsprungen, welches, nur zur Abwehr gerüstet, unwandelbar den Werken des Friedens ergeben ist. In dem Verkehr mit fremden Völkern fordert Deutschland für seine Bürger nicht mehr, als die Achtung, welche Recht und Sitte gewährleisten und gönnt, unbeirrt durch Abneigung oder Zuneigung jeder Nation die Wege zur Einheit, jedem Staate die beste Form seiner Gestaltung n. ch eigener Weise zu finden. Die Lage der Einmischung in das innere Leben anderer Völker werden, so hoffen wir, unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren.

Ew. Majestät folgen wir mit freudiger Zustimmung zu den dringenden Aufgaben, welche der brendete Krieg, und zu den dauernden Aufgaben, welche die Verfassung des Reiches uns stellt. Alle unsere Kräfte werden zuerst dem hohen Berufe gewidmet sein, die Wunden zu heilen, welche der Krieg geschlagen hat, und die Pflicht des Vaterlandes zu erfüllen gegen diejenigen, welche Leben oder Gesundheit für seinen Schutz geopfert haben.

Allen Vorlagen werden wir unsere aufmerksame Mitthätigkeit zuwenden. Es überrascht nicht, daß der Krieg die Vorarbeiten der regelmäßigen Gesetzgebung verzögert hat, und vermindert nicht unsere Hoffnung, daß die Gesetzgebung des Reiches sich eben so fruchtbar erweisen wird, wie die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes. Die umfangreiche Einführung norddeutscher Gesetze in den Südstaaten erhöht unser Vertrauen zu dem harmonischen Zusammenwirken aller Glieder des Reiches, auch der Organe, welche berufen sind, die einzelnen Staaten zu vertreten.

Mit Genugthuung vernehmen wir, daß aus der Kriegsentschädigung zunächst das Bedürfnis des Reiches, sodann die berechtigten Ansprüche seiner Mitglieder befriedigt werden sollen.

Für das Wohl der für Deutschland zurückerworbenen Gebiete ist das deutsche Volk mit den wärmsten Gefühlen brüderlicher Theilnahme erfüllt. Die schönsten Denkmäler deutscher Kultur und deutschen Volkslebens erinnern an deutsche Bergangenheit im Elsaß und Lothringen. Lange Entfremdung hat manche Spuren eines reichen Jahrtausends deutscher Geschichte verwischt, doch unsere Sprache und Sitte sind der Mehrzahl des Volkes noch unverloren. Mögen Gesetzgebung und Verwaltung zusammenwirken, an diese Beziehungen überall anzuknüpfen, das Wiedererwachen des deutschen Geistes zu unterstützen und in der Versöhnung der Gemüther die Bande zu stärken, welche die herrlichen Provinzen mit dem übrigen Deutschland wieder vereinigen. In diesem Geiste werden wir uns den Arbeiten widmen, welche die Grundlagen der neuen Ordnung schaffen oder vorbereiten sollen.

Kaiserliche Majestät! Der Zufriedenheit Deutschlands, der Sicherheit Europas hat die Einheit des Deutschen Reiches gefehlt. Jetzt ist die Einheit errungen und das Reich unter dem Schutze seines Kaisers, unter der Herrschaft seiner Verfassung und der Gesetze sicher gestellt. Jetzt kennt Deutschland keinen höheren Wunsch, als im Weltkampfe um die Güter der Freiheit und des Friedens den Sieg zu erringen.

Ew. Kaiserlichen Majestät  
allerunterthänigste treuehorsaamste  
Der Deutsche Reichstag.

**Erwiderung Sr. Majestät des Kaisers**

an die Adress-Deputation des Reichstages.

Ich habe die verlesene Adresse mit herzlichem Danke entgegengenommen. Ich freue mich der Gesinnungen, welchen der Reichstag in derselben Ausdruck gegeben hat, sie beweist, daß die Worte Meiner Thronrede durchaus richtig ergriffen worden sind.

Wohl ist dem Heldenmuth der deutschen Heere, die Mir zu führen vergönnt war, und ihren unvergleichlichen Thaten Dank zu zollen, vor Allem aber der göttlichen Vorsehung, deren Finger man bei jedem Schritt so deutlich erkennen konnte. Wir wollen uns bestreben, stets so zu handeln, daß ihr Schutz auch ferner uns nicht fehle.

Der Reichstag hat der Niederlage Frankreichs gedacht, das auch jetzt noch, nachdem es mit uns Frieden geschlossen, in Konvulsionen liegt. Darin zeigt sich die Folge der seit 80 Jahren immerwährenden Revolution, die Alles bis auf die Dynastie entwurzelt hat und auf deren Wegen es kein Ende giebt. Das soll auch uns eine Warnung sein, deren es aber bei den von dem Reichstage kundgegebenen Gesinnungen nicht bedarf.

Wohl ist in den dem Deutschen Reiche zurückgewonnenen Ländern die deutsche Volksthümlichkeit nicht zerstört, aber doch in der That sehr verwischt; wir dürfen darum keine so rasche Wandlung erwarten, sondern müssen Geduld und Nachsicht üben. Es wäre ja nicht einmal wünschenswerth und gut, wenn Völker bei einem solchen Scheiden aus dem bisherigen Zusammenhange gleichgültig bleiben. Durch Milde werden wir die deutsche Gesinnung in den in Rede stehenden Ländern allmählig wieder erwecken; erfreuliche Spuren davon beginnen schon jetzt sich zu zeigen.

Mögen denn die Vertreter des Deutschen Reiches in treuer Pflichterfüllung fortarbeiten, damit das neue Deutsche Reich den Erwartungen entspreche, die die Welt davon hegt. Mir, bei Meinen vorgerückten Jahren, wird es nur noch vergönnt sein, an dem Grundbau thätig zu sein; aber Ich vertraue, daß Meine Nachfolger in gleichem Sinne, mit gleicher Innigkeit und Herzlichkeit daran fortbauen werden.

Ich bitte Sie, Meine Worte und Meinen Dank dem deutschen Reichstage mitzutheilen.

**Die katholische Partei im Reichstage.**

In Deutschen Reichstage waren für die diesmalige erste Session Verhandlungen von größerer politischer Bedeutung von vorn herein nicht in Aussicht genommen. Es handelt sich bei den ersten Berathungen des Deutschen Reichstages nicht, wie bei Gründung des Norddeutschen Bundes, darum, die Grundlagen eines neuen Staatswesens erst zu schaffen; — der Deutsche Reichstag tritt vielmehr auf den Boden einer bereits bestehenden, allseitig anerkannten Verfassung. Die nächste Aufgabe desselben ist der praktische Ausbau, und es lag daher zunächst kein Anlaß zu großen Kämpfen über widerstreitende politische Grundanschauungen und zu tieferen politischen Erregungen vor.

In diesem Sinn und Geiste sind denn auch alle großen politischen Parteien an die diesmaligen Berathungen herangegangen, und diejenigen selbst, welche die gegebenen Grundlagen der Verfassung von ihrem Parteistandpunkte nicht für genügend erachten, haben sich doch beschieden, an dem gewonnenen Boden der Einheit zunächst festzuhalten und die Erfüllung weiterer Wünsche der demnächstigen Entwicklung vorzubehalten.

Die Berathungen der diesmaligen Session würden daher eine größere politische Bedeutung überhaupt nicht gewonnen haben, wenn dies nicht durch die Stellung einer großen Anzahl von Abgeordneten veranlaßt worden wäre, welche nicht eigentlich eine politische Partei, wohl aber auf Grund gemeinsamer konfessioneller Anschauungen und Bestrebungen eine gesonderte Vereinigung innerhalb des Reichstages bilden.

Es ist dies die sogenannte katholische Partei, welche sich selbst unter der Bezeichnung »Centrum« oder Mittelpartei neben die eigentlich politischen Parteien gestellt hat.

Zwei Umstände haben zusammengewirkt, um einer beson-

deren katholischen Partei im Reichstage von vorn herein eine erhebliche Anzahl von Mitgliedern zuzuführen.

Vor Allem ist durch die wichtigen Vorgänge, welche in den letzten Jahren die katholische Kirche bewegt haben, namentlich durch die Ereignisse, welche das Oberhaupt derselben seiner weltlichen souveränen Herrschaft beraubt haben, die katholische Bevölkerung im Allgemeinen zu einem geschlosseneren Auftreten auch in politischer Beziehung veranlaßt worden. Schon bei den preussischen Landtagswahlen zeigte sich, daß die Katholiken unter dem Eindrucke jener Ereignisse einen größeren Werth als früher darauf legten, durch entschiedene katholische Abgeordnete vertreten zu sein. Dieses Streben ist nun bei den Reichstagswahlen noch entschiedener und mit noch größerem Erfolge zur Geltung gelangt.

Eine weitere Verstärkung hat die katholische Partei im Reichstage aus Süddeutschland, namentlich aus Bayern erfahren. Es hängt theilweise mit den inneren bayerischen Parteiverhältnissen, theilweise mit dem bisherigen scharfen Gegensatz der süddeutschen Katholiken gegen den Anschluß an Norddeutschland zusammen, daß in dem jüngsten dortigen Wahlkampfe sich im Großen und Ganzen nur zwei Parteien, die Deutsch-Nationalen und die eifrigen Katholiken gegenüberstanden. Letztere haben freilich unter dem Einflusse der gegenwärtigen deutsch-patriotischen Strömung bei Weitem nicht so große Erfolge errungen, wie noch bei den letzten bayerischen Landtagswahlen; immerhin aber ist eine erhebliche Zahl bayerischer Katholiken in den Reichstag getreten.

Die Gesamtzahl der gesonderten katholischen Vereinigung beträgt über 60 Mitglieder, — unter ihnen nicht wenige von hervorragender Bedeutung und hohem Ansehen.

Die katholische Partei ist aber in den Reichstag mit Bestrebungen eingetreten, welche mit der früheren Stellung ihrer Gesinnungsgeossen zur deutschen Einigungspolitik im entschiedenen Widerspruche stehen. Während dieselben bisher den Föderalismus, d. h. eine möglichst selbstständige Stellung der einzelnen Staaten im Bunde gegenüber den Einheitsbestrebungen eifrig unterstützten, und namentlich ein Uebergreifen der Bundesgesetzgebung auf die Gebiete des religiösen Bewußtseins entschieden zurückwiesen, treten sie jetzt mit Anträgen und Wünschen hervor, welche die Reichspolitik unmittelbar in die religiösen und konfessionellen Kämpfe hineinzuziehen bestimmt sind.

Dieser unerwartete Wechsel beruht auf denselben Thatsachen und Eindrücken, welche das jetzige Hervortreten der katholischen Partei überhaupt veranlaßt haben.

In ihrer augenblicklichen schweren Bedrängniß sucht die katholische Kirche Hilfe bei dem neu erstandenen mächtigen Kaiserreiche.

Man darf hierin eine doppelte tatsächliche Anerkennung und Huldigung erkennen: die katholische Partei weiß und bekundet es offen, welche hohe Macht unter den Regierungen unserm Kaiser bewohnt; — sie ruft ferner seine Hilfe in dem Bewußtsein und mit dem lauten Anerkenntniß an, daß den Katholiken in Preußen seither unter dem Scepter eines protestantischen Fürsten stets Gerechtigkeit und Schutz in vollem Maße zu Theil geworden ist und daß sie deshalb auch jetzt ihr Vertrauen auf die Hilfe unsers Königs als Deutschen Kaisers setzen.

Sie scheint auf diese Hilfe vor Allem für die Wiederaufrichtung der weltlichen Macht des Papstes zu rechnen.

Als nun der Reichstag vor dem Eintritt in seine eigentlichen Aufgaben in Erwiderung der Thronrede und in Uebereinstimmung mit dem Sinn und Geiste derselben eine Adresse an den Kaiser zu erlassen und darin auszusprechen gedachte, daß in dem neuen Deutschen Reiche »die Tage der Einmischung in das innere Leben anderer Völker unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren sollen«, — da glaubte die katholische Partei sich einer solchen Aeußerung nicht anschließen zu dürfen, vielmehr dem Deutschen Reiche die Möglichkeit offen halten zu müssen, für den päpstlichen Stuhl einzutreten.

Dieser Anspruch wurde jedoch von allen politischen Parteien im Reichstage gleichmäßig zurückgewiesen, und nur als ein dringenderer Anlaß aufgefaßt, den Grundlag der Nichteinmischung in das politische Leben anderer Völker noch bestimmter und schärfer, als es in der Thronrede geschehen war, geltend zu machen.

Die Reichsregierung hat sich ihrerseits an diesen konfessionellen Erörterungen, welchen sie eine unmittelbare Bedeutung für die praktische Politik nicht beizumessen vermochte, nicht theilhaftig.

Von allen Seiten ist mit Recht das Bedauern hervorgehoben worden, daß durch den in Rede stehenden Gegensatz der einmüthige Ausdruck der Gesinnung, welcher das deutsche Volk in den letzten Monaten beseelt und erhoben hat, sowie der Uebereinstimmung mit dem Geiste der Thronrede getrübt worden ist.

Noch mehr aber ist zu beklagen, daß gerade die ersten Verhandlungen des Reichstages durch konfessionelle Kämpfe ausgefüllt worden sind, welche von unserem politischen Leben möglichst fern zu halten, das gemeinsame Bestreben aller besonnenen Politiker sein sollte.

### Die Politik des Deutschen Reiches.

Zur Begründung der Adresse, namentlich der Stelle in Betreff der Nichteinmischung in das Leben anderer Völker, sagte der Abgeordnete von Bennigsen Folgendes:

Ich bin überzeugt, daß die große Mehrheit dieses Hauses, wie ganz Deutschlands mit uns in der Ansicht übereinstimmen wird, daß wir, die Vertreter des jetzt geeinigten deutschen Volks, ganz besonders berufen sind, der bereits in der Thronrede angekündigten Gesinnung friedlichen Behaltens einen lauten und kräftigen Ausdruck zu geben. Wir können es ja begreiflich finden, daß mit dem Wiedererstehen eines so mächtigen Deutschlands, mit dem Namen von Kaiser und Reich alte Erinnerungen und Traditionen wachgerufen werden bei anderen und bei unserem Volke. Unvergessen ist es bei den europäischen Völkern, daß dereinst unter dem Namen des deutschen Kaiserthums und Reichs die Idee einer allgemeinen Monarchie lebendig war durch ganze Jahrhunderte hindurch. Die anderen Völker Europa's haben in der Zeit, wo Deutschland stark war, den Druck der Durchführung dieser Idee erfahren. Ja, es hat Zeiten gegeben, wo die Deutschen in der Neigung, in das Leben anderer Völker sich einzumischen, in der Neigung, sich Macht und Einfluß nicht bloß, sondern auch sich Länder anderer Völker zu verschaffen, mit dem mittelalterlichen Kaiserthum der Schrecken Europas gewesen sind.

Dieser Schrecken, diese Furcht könnte sehr wohl wieder lebendig werden zu einer Zeit, wo unverhofft und unerwartet für Deutschland und das Ausland eine unerhörte Kraftentfaltung des deutschen Volkes geschah. Ueberraschend wie diese Kraftäußerung war, in der sich vereinigte das Genie und die unübertreffliche Tüchtigkeit der Staatskunst, des Heeres, wie der Führer, überraschend wie dieser Eindruck war, haben wir es allerdings zu besorgen, daß diesem neuerstandenen mächtigen deutschen Reiche nicht das Vertrauen, sondern das Mißtrauen und die Besorgnisse der anderen Völker entgegen getragen werden.

Von vornherein dem entgegenzutreten, dazu hatten wir um so mehr Veranlassung, als Deutschland jetzt früher ihm entrissene deutsche Grenzländer wiedererobert hat. Gerade im Hinblick hierauf könnte leicht die Befürchtung entstehen, daß in dem deutschen, so übermächtigen Volke und Staate jetzt die Neigung aufbreche, auch noch nach anderen Ländern sich umzusehen, welche dereinst in einem engeren Verbande mit dem deutschen Reiche gestanden haben. Hier in Deutschland wissen wir, meine Herren, daß dem anders ist; hier im Reichstag wissen wir, daß derartige Gelüste nicht vorhanden sind; aber um so gewisser meine ich, haben wir die Verpflichtung, wenn die kaiserliche Regierung in solcher offenen und loyalen Weise den fremden Nationen die Friedenspolitik, die Politik der Nichteinmischung verkündet, dem unsere freudige und kräftige Zustimmung nicht zu versagen.

Ich gehe aber noch weiter: wenn wir auf diese Art den dauernden Frieden in Europa befördern, so haben wir auch die Verpflichtung, von vornherein zu warnen vor den Abwegen und Irrwegen deutscher Politik, die dereinst mehr als irgend etwas anderes den Joch von Deutschland herbeigeführt hat. An den Namen von Kaiser und Reich, da knüpft sich vor Allem und namentlich auch die Erinnerung an die großen und verhängnisvollen Kämpfe, die die deutschen Kaiser nicht als Kaiser von Deutschland, sondern als römische Kaiser, als Kaiser mit den Ansprüchen auf die Nachfolge des römischen Imperatorenthums führten, die Kämpfe mit der römischen Kirche, mit dem Lande Italien. M. S.! Unsere Aufgabe wird es sein, von vornherein in Deutschland darüber bei unserem Volke keinen Zweifel zu lassen, daß die überwiegende, eine ganz überwältigende Mehrheit seiner Vertreter und seines Volkes in Uebereinstimmung mit der kaiserlichen Regierung weit entfernt ist, in diesen alten Fehler einer deutsch-italienischen, einer deutsch-kirchlichen Politik wieder einzuliegen. Wenn vielen von uns, namentlich im Norden, die Erinnerung an das Mittelalter als etwas Trübes, als etwas Fremdartiges erscheint, so sind es gerade diese traurigen Erinnerungen an jene Politik, die gerade die glänzendsten Herrschergestalten unserer kaiserlichen Vergangenheit erfüllte. Ja, meine Herren, mit dem Namen von Kaiser und Reich, da treten die alten Kämpfe und furchtbaren Gegensätze wieder auf zwischen Kaiser und Papst, welche die dauernde Verwüstung Italiens und die politische Ohnmacht und innere Zerrissenheit Deutschlands zur Folge hatten. Das ist es gerade, was uns auffordert, von vorne herein in dem ersten Augenblicke, wo der Deutsche Kaiser den ersten Deutschen Reichstag um sich versammelt, hier einen Markstein aufzurichten, deutlich

und weithin sichtbar für alle Welt, für das Inland wie für das Ausland, daß die deutsche Politik künftig begrenzt sein soll auf die inneren Aufgaben Deutschlands, daß es nicht mehr ihre Aufgabe sein soll, in das innere Leben fremder Nationen einzugreifen. Wir werden so uns den Frieden sichern und dem Auslande die Genugthuung geben einer friedlichen Politik, die wir für das Deutsche Reich in Anspruch nehmen.

Stark in unserer Kraft, werden wir von anderen Völkern nicht angegriffen werden und werden die Zeit haben, die Kulturaufgaben zu entwickeln, die ganz besonders das deutsche Volk durch die reichen und köstlichen Gaben, mit denen die Natur es gerade für die friedlichen Aufgaben ausgestattet hat, zu erfüllen berufen ist.

### Äußerung des Fürsten von Bismarck über die Stellung der Polen.

Bei der Berathung der Reichsverfassung wurde Seitens der polnischen Abgeordneten der Antrag gestellt, die polnischen Landestheile nicht in das Deutsche Reich aufzunehmen.

Der Fürst von Bismarck erklärte diesem Antrag gegenüber Folgendes:

„Ich bestreite den Antragstellern zunächst das Recht, sich hier auf die Worte der Thronrede zu berufen. In der Thronrede ist die Rede von anderen Völkern und Staaten, deren Selbstständigkeit geschont werden soll. Die Herren gehören zu keinem anderen Staate und zu keinem anderen Volke, als zu dem der Preußen, zu dem ich selbst mich zähle, und können Posen und Westpreußen, langjährige Bestandtheile der preussischen Monarchie, nicht zu denjenigen andern Völkern und Staaten zählen, welche in der Thronrede gemeint sind.

Ich bestreite den Herren ferner das Recht, im Namen der Bevölkerung irgend eines preussischen Landestheiles zu sprechen, welches auch die Sprache dieser Bevölkerung sein mag. Ich will nicht daran erinnern, daß Sie gesetzmäßig hier nur die Gesamtheit des Volks und nicht einen einzelnen Landestheil vertreten, und keine besonderen Aufträge haben können; ich will nur daran erinnern, was ich Ihnen bei einer früheren Gelegenheit gründlicher nachgewiesen habe, daß Ihre Wähler mit dem, was Sie hier angeblich im Namen Ihrer Wähler erklären, nicht einverstanden sind, und daß die Sache von solcher Offenkundigkeit ist, daß ich mich darüber jedes Beweises überhoben halten kann. Ihre Landleute haben mit demselben Muth und mit derselben Hingebung für die Sache, welche uns hier vereint, gestritten, wie die Bewohner jedes anderen Theils von Preußen, und Ihre Landleute, die Sie hier vertreten, sind für die Segnungen der preussischen Kultur gerade so dankbar, wie die Bewohner Schlesiens und anderer Provinzen.

Ich bestreite Ihnen ferner — und ich glaube, es geschieht von dieser Stelle schon zum zehnten Male — das Recht, sich auf einen Vertrag für Sonderstellung einzelner Provinzen im preussischen Staat zu berufen. Sie haben es stets sorgfältig vermieden, diese Verträge ihrem vollen Wortlaute nach anzuführen. Ich habe im preussischen Landtage an dieser Stelle Gelegenheit gehabt, dies wörtlich nachzuweisen, und nur, weil Sie hier unrichtige Behauptungen wiederholen, muß ich auch meinen Widerspruch dagegen wiederholen. Es wäre die Existenz des Großherzogthums Posen und Westpreußens im preussischen Staat, wie sie seit einem halben Jahrhundert ist, nicht möglich gewesen, wenn etwas Derartiges, wie Sie stets wiederholt anführen, in den Verträgen festgesetzt wäre.

Ich möchte Sie dann auch daran erinnern, uns mehr durch das Beispiel der Duldsamkeit, als durch Ihre Worte zu belehren. Wie hat sich denn die polnische Nation zu der Zeit, wo sie selbstständig war, gegen die von ihr mit dem Schwert Unterworfenen verhalten?

Die Herren, die sich mit der Spezialgeschichte von Westpreußen vertraut gemacht haben, werden sich erinnern, daß wir in diesen Tagen einen Gedächtnistag für die Stadt Thorn haben feiern können, wo die polnischen Herrscher es den Deutschen mit blutiger Schrift bewiesen haben, wie sie nationale Sonderbestrebungen zu behandeln entschlossen waren. Fürchten Sie nicht, meine Herren, daß wir aus diesen historischen Erinnerungen, zu denen Sie mich wider meinen Willen zwingen, irgend ein Beispiel oder eine Empfindlichkeit übernehmen. Die verbündeten Regierungen und insbesondere Ihre Landesregierung, die königlich preussische, wird fortfahren, in den Bestrebungen die Segnungen des Rechtschutzes und der Gerechtigkeit unter den Dankbaren und unter den Undankbaren zu verbreiten, und glücklicherweise sind die Dankbaren in der Mehrheit auch bei Ihnen.

Nach dem Abgeordneten Dr. v. Niegolewski nahm der Bundeskanzler noch einmal das Wort:

„Meine Herren! Ich fühle, daß ich den Erwartungen der Versammlung mehr entsprechen würde, wenn ich jetzt nicht das Wort ergreife. Ich thue es nur darum, um zu verhindern, daß eines jener Schlagwörter mehr in die Welt gesetzt werde, von denen ich an meiner Stelle nicht selten durch das Wohlwollen meiner parlamentarischen Gegner zu leiden gehabt habe, und so noch bis in die Tage des jetzigen französischen Krieges hin, an dem Worte des Grafen Schwerin: »Gewalt geht vor Recht«, was ich bekanntlich niemals gebraucht habe. Nun habe ich aus der Betonung des letzten Herrn Redners vermulhet, daß auch er sich ein neues Schlagwort vorbereitet: »Wir sind kein Volk.« Ja,

damit kann man viel Mißbrauch treiben; es kommt darauf an, was man unter dem »Wir« versteht. In meinem Sinne verstehe ich unter dem »Wir« — und damit unterschreibe ich vollständig den Satz — die etwa zwanzig Herren Abgeordneten, die sich hier als Volk gebühren, und zwar als polnisches Volk. Sie, meine Herren, Sie sind wirklich kein Volk, auch vertreten Sie kein Volk, Sie haben kein Volk hinter sich, Sie haben nichts hinter sich als Ihre Irthümer und Ihre Täuschungen, und zu denen gehört u. A., daß Sie vom polnischen Volke hierher in den Reichstag gewählt seien, um die polnische Nationalität zu vertreten. Ich weiß auch etwas davon, wozu Sie gewählt worden sind. Ich habe es Ihnen schon bei früheren Gelegenheiten auseinandergesetzt und kann Ihnen darüber auch jetzt nähere Einzelheiten geben: Sie sind gewählt, um die Interessen der katholischen Kirche zu vertreten, und wenn Sie das thun, sobald diese Interessen in Frage kommen, so werden Sie Ihre Schuldigkeit gegen Ihre Wähler erfüllen. Denn dazu sind Sie ehrlich gewählt, dazu haben Sie das volle Recht; aber hier das polnische Volk oder die polnische Nationalität zu vertreten, dazu haben Sie das Mandat nicht; ein solches Mandat hat Ihnen kein Mensch gegeben, und das Volk im Großherzogthum Posen und in Westpreußen am allerwenigsten; es theilt nicht die Fiktionen, die Sie verteidigen: daß die polnische Herrschaft gut gewesen wäre — oder nicht schlecht, wie der Herr Vorredner sich ausdrückte. Bei aller Unparteilichkeit und bei aller Neigung, gerecht zu sein, kann ich Ihnen versichern, sie war ganz herzlich schlecht, und darum wird sie niemals wiederkommen!«

(Der Antrag der Polen wurde abgelehnt.)

### Ein Antrag auf Grundrechte in der Reichsverfassung.

Der Reichstag hat sich in den letzten Sitzungen mit der Vorlage in Betreff der Verfassung des Deutschen Reiches beschäftigt. Es handelt sich bei derselben nicht um den Inhalt der Verfassung, sondern nur um eine gleichmäßige und übereinstimmende Zusammenfassung der Bestimmungen, welche bisher in drei verschiedenen Urkunden, nämlich in den Verträgen mit den einzelnen süddeutschen Staaten, enthalten sind.

Beim Beginn der Berathung wurde von dem Abg. Basker Namens der liberalen Partei die Erklärung abgegeben, daß dieselbe auch an ihrem Theile für jetzt lediglich eine Redaktion der Verfassung, nicht sachliche Aenderungen beabsichtige. Er sagte:

„Ich meine, daß jede Nation einmal eines Ruhepunktes bedarf, in der sie sich freut der Dinge, die sie vollendet hat, besonders Deutschland, das so lange nach einer Verfassung gerungen hat. Daß eine solche nicht ohne Mängel sein wird, haben wir alle gewußt. Während wir gegenwärtig an die Frucht der großen Thaten der Nation den Maßstab anlegen, da ziemt es der Nation, einige wenige Tage wenigstens sich zu erholen, den Streit ruhen zu lassen und sich dessen zu freuen, was sie kraft ihres inneren Geistes trotz der äußeren Hindernisse zu erreichen gewußt hat durch Festigkeit und Bescheidenheit. Dies ist mein Standpunkt, weshalb ich wenigstens für meine Person mich enthalten werde, in jede sachliche Debatte mich zu mischen, und irre ich nicht, so darf ich auch wohl im Namen der politischen Freunde sagen, daß dies sie bewegt, an keiner Stelle und an keinem Orte irgend eine materielle Aenderung in der Verfassung vorzunehmen, welche zu einem Streite in diesem Hause Veranlassung geben könnte.«

Der Bundeskanzler Fürst von Bismarck bemerkte hierauf: »Ich kann mich der so eben geäußerten Ansicht nur aus voller Ueberzeugung anschließen, nicht nur im eigenen Namen, sondern auch im Namen des Bundesrathes, der dieselbe Ansicht in seinen Motiven bereits angedeutet hat, und ich habe nicht nöthig, nach den beredten Worten, mit denen dies so eben befürwortet worden ist, meinerseits noch etwas hinzuzufügen.«

Aber nicht auf allen Seiten wurde die Pflicht der Enthaltung in Bezug auf neue sachliche Anträge anerkannt. Seitens der katholischen Centrumspartei wurde die Aufnahme sogenannter »Grundrechte« in die Reichsverfassung beantragt, und zwar namentlich zu Gunsten der Pressefreiheit, des Vereinsrechts, sowie der religiösen Freiheit und der Selbstständigkeit der Kirchen. Die katholische Partei verlangte in allen diesen Beziehungen die Aufnahme der preussischen Verfassungsbestimmungen in die Reichsverfassung.

Es mußte überraschen, grade von Seiten einer streng katholischen Partei Anträge zu Gunsten bürgerlicher und religiöser Freiheit gestellt zu sehen, welche mit den Ueberlieferungen der katholischen Kirche, wie sie noch neuerdings feierlich bestätigt worden sind, im entschiedenen Widerspruch stehen. Der jetzige Paps hat bekanntlich vor wenigen Jahren erst in dem sogenannten Syllabus »ein Verzeichniß sämtlicher Irthümer und verderblicher Lehren, welche von ihm verworfen und verboten sind« zusammengestellt und allen Bischöfen zustellen lassen. Unter den »Irthümern, welche mit dem modernen Liberalismus zusammenhängen« ist da im §. 10 ausdrücklich die Lehre von der Gleichberechtigung anderer Kulte neben der katholischen Religion verurtheilt, es ist ferner von Neuem eingeschärft, »daß die staatliche Freiheit aller Kulte und die Allen gewährleistete volle Freiheit, alle Meinungen und Ansichten öffentlich bekannt zu machen, zum Verderbniß der Sitten und Gemüther und zur Verbreitung der Pest des Indifferentismus beitragen.« — es ist

endlich die Meinung verworfen, daß der Papst sich mit dem Fortschritte, dem Liberalismus und der modernen Civilisation versöhnen und vertragen könne.

Wie stimmt es hiermit überein, daß gerade die katholische Partei Grundrechte über Religions- und Pressefreiheit für ganz Deutschland beantragt?

Der katholischen Partei dürfte es dabei vor Allem darauf angekommen sein, den Artikel 15 der preussischen Verfassung, welcher die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Kirchen gewährleistet, auf ganz Deutschland übertragen zu sehen und hierdurch der katholischen Kirche in mehreren Bundesstaaten eine günstigere Stellung als bisher zu schaffen. Um diesen Zweck zu erreichen, und da es von vornherein nicht wohl thunlich erschien, die Aufnahme jenes Artikels allein durchzusetzen, beantragten die Katholiken die Uebernahme der betreffenden preussischen Verfassungsbestimmungen in ihrem ganzen Zusammenhange.

Alle Parteien des Reichstages wiesen jedoch den Antrag zurück, und zwar vor Allem, weil die Vereinigung der kirchlichen Fragen in das Gebiet der Reichsgesetzgebung ohne vorgängige sorgfältige Erwägung und Vorbereitung als gefährlich erachtet wurde.

Die Fragen des Press- und Vereinsrechts wurden, da dieselben in der jetzigen Verfassung als Gegenstände der Reichsgesetzgebung ausdrücklich bezeichnet sind, so wie so in kürzester Zeit ihre grundsätzliche Erledigung finden.

Dagegen ist die Ausdehnung der Befugnisse des Reichs auf die religiösen Angelegenheiten von vornherein als höchst bedenklich erschienen. Bei der Beratung des Verfassungsentwurfs im Jahre 1867 hob der Vertreter der Regierung (Herr von Savigny) unter fast allseitiger Zustimmung hervor, daß das religiös-sittliche Gebiet der selbstständigen Bestimmung der einzelnen Staaten entschieden nicht entzogen werden solle. Hiervon in diesem Augenblicke abzugehen, würde gerade jetzt bei der schwierigen und empfindlichen Lage der religiösen Fragen in mehrfacher Beziehung doppelt bedenklich und der Entwicklung der Reichsangelegenheiten höchst nachtheilig sein.

Der Antrag der katholischen Partei hat eine dreitägige ungemein lebhafteste Verhandlung im Reichstage hervorgerufen, deren Ergebnis die Ablehnung desselben mit 283 gegen 59 Stimmen war.

Es wurde sodann die gesammte Verfassung in der neuen Redaction nach kurzer weiterer Beratung angenommen.

### Der Bürgerkrieg in Frankreich.

Vor Paris erfüllt sich das verhängnißvolle Geschick, welches der freventlich heraufbeschworene und ebenso freventlich durchgeführte Krieg über Frankreich gebracht hat, nunmehr im blutigen Bürgerkrieg.

Dieselben Männer, welche vermeintlich zur Rettung Frankreichs die revolutionären Leidenschaften des Volkes wach riefen, müssen jetzt zur wirklichen Rettung des Landes durch blutigen Bürgerkrieg diese Leidenschaften dämpfen; dieselben Generale, welche vor Kurzem an der Spitze des Volkes von Paris unsere starken Stellungen vergeblich zu durchbrechen suchten, benutzen jetzt unsere Schanzen und Werke im Kampfe gegen das pariser Volk; — dieselben Schaaren aus der Bretagne, welche sich in erfolglosen Kämpfen an der Sarthe aufrieben, um zur Befreiung des „heiligen“ Paris zu ziehen, stehen jetzt statt unserer Truppen bei Versailles, um die gottlose Babel von Neuem abzuschließen, — derselbe Mont Valérien, welcher Monate lang mit geringem Erfolge unsere Belagerungstruppen zu schrecken und zu hindern suchte, wirft jetzt Schrecken und Tod in die Reihen der Pariser Nationalgarden und bedroht die Stadt selbst mit einem neuen Bombardement.

Niemals hat sich eine so großartige Wendung des Verhängnisses so rasch und in so erschütternder Weise vollzogen; — das weltgeschichtliche Drama, welches mit der Kriegserklärung im vorigen Juli begonnen hat, ist in Wahrheit Schritt vor Schritt von einer erhabenen Größe und Gewalt, wie wir sie sonst nur in den biblischen Geschichten des Alten Testaments kannten.

Um die Rettung Frankreichs handelt es sich jetzt in der That, um die Rettung vor schmachlichem Untergang des Staatswesens, wie der Sitte und Civilisation.

Die »Kommune« von Paris ist im unbesrittenen Besitze der absoluten Willkürherrschaft über die Hauptstadt, und benutzt dieselbe zu Maßregeln der rohen Gewalt und der Verächtung aller Eigenthumsrechte. Namens der Kommune ist das Kapital von Versicherungsgesellschaften angetastet worden, und unter dem Namen von Requisitionen werden täglich Verraubungen des Eigenthums geübt; — die Verpflichtung zu Miethszahlungen und zu Wechselzahlungen wird aufgehoben, und werthlosen Papieren wird Zwangscours verliehen.

Gleichzeitig geht die sogenannte Regierung gegen die religiösen Einrichtungen des Volkes vor: die Religion wird aus den Schulen und den öffentlichen Anstalten verbannt, und die religiösen Gesellschaften werden ihres Vermögens und Eigenthums beraubt. Die Sicherheit der Personen ist vollständig aufgehoben. Seit der berüchtigten Schreckensherrschaft in der großen Revolution hat in Paris ein solcher Zustand nicht bestanden. In einem Schreiben von dort heißt es:

»Im offenen Straßenkampf weiß am Ende noch jeder, welchen Gefahren er zu trohen hat; wenn er fällt, fällt er im heißen Blut. Jetzt sind es die geheimen Verurtheilungen, das Fortschleppen ganz unvorbereiteter Personen in nächtlicher Weile vor ein Blutgericht, dessen Verfassern nicht den mindesten Begriff von richterlichen Pflichten haben und die ihre republikanische Gesinnung nicht besser als durch Verurtheilung aller Verdächtigen beweisen zu können glauben: — das ist es, was den Menglischen vorschwebt. Das fürchterliche Wort »Guillotine« ist in Jedermanns Mund; selbst vernünftige Männer erwarten täglich, die politische Mordmaschine wieder herstellen zu sehen. Das Stocken der Geschäfte ist vollständig, Geld zirkulirt weniger als während der Belagerung, — wo soll auch Vertrauen herkommen, wenn die Kommune täglich rohe Griffe in das Eigenthum thut. — Alle Welt sieht mit Sehnsucht Thiers'schen Regimentern entgegen, oder wenn diese nicht kommen, — deutschen.«

Run, — die deutschen Regimenter werden fürs Erste nicht kommen; sie werden es vorläufig der Regierung von Versailles überlassen, einen Zustand wiederherzustellen und zu sichern, durch welchen die Aufrechterhaltung und baldige Durchführung des Präliminar-Friedensvertrages ermöglicht wird.

Die Stellung der französischen Regierung gegenüber der Pariser Revolution ist dadurch erheblich gestärkt worden, daß das ganze übrige Frankreich sich immer entschiedener auf ihre Seite zu stellen scheint. Die revolutionäre Schreckensherrschaft in Paris hat sich diesmal zu rasch als das enthüllt, was sie in Wahrheit ist, als daß sie eine ansteckende Kraft im Lande hätte gewinnen können.

Gestützt auf die Zustimmung des Landes und gefördert durch das Entgegenkommen unserer Regierung, hat die Versailler Regierung eine größere und wie es scheint zuverlässigere Truppenzahl um sich vereinigt, als man noch vor Kurzem erwarten konnte. Den Oberbefehl soll der Marschall Mac Mahon erhalten haben. Am 2. April sind die Versailler Truppen zuerst zum Angriffe vorgegangen, um sich vor Allem des Uebergangs über die Seine bei Neuilly zu versichern. Es kam am 2. und 3. zu heftigen und blutigen Kämpfen, in welche auch der Mont Valérien eingriff. Unter der Führung des Generals Vinoy sahen die Versailler Truppen die Nationalgarden mit großen Verlusten in die Flucht geschlagen zu haben; doch läßt sich der wirkliche Erfolg bei den widersprechenden Berichten von beiden Seiten noch nicht sicher übersehen. Der Versailler Regierung kommt es darauf an, über Neuilly den Eingang durch die Ringmauer zu erzwingen, um dann auf derselben großen Straße nach Paris vorzudringen, durch welche unsere Truppen jüngst ihren Einzug hielten. Ein sehr wichtiges Ergebnis ist durch die bisherigen Kämpfe jedenfalls schon festgesetzt, — nämlich, daß die Versailler Truppen jetzt Stand halten und tüchtig drauf gehen. Bis jetzt haben sich aber die Pariser Nationalgarden im wirklichen Kampfe nirgends als Helden bewährt; — deshalb wird der moralische Erfolg des ersten Kampfes möglicher Weise größer sein, als der eigentliche Waffenerfolg.

Ueber die Stellung Deutschlands zu den Ereignissen in Frankreich gab Fürst von Bismarck folgende Erklärung im Reichstage:

»Was uns die auswärtigen Verhältnisse bringen können, entzieht sich für den Augenblick meinem Urtheil, wir müssen die Entwicklung der Ereignisse in Frankreich meiner Ueberzeugung nach noch eine kurze Zeit hindurch abwarten. Die verbündeten Regierungen haben das Interesse und den Willen, der Regierung der französischen Republik, mit welcher sie den Präliminarfrieden in Versailles geschlossen haben, ihre Aufgaben zu erleichtern, soweit es irgend möglich ist, ohne durch Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs sie zu erschweren. Die Grenze ist dabei schwer zu finden, und mehr für ein französisches Auge erkennbar, als für einen Fremden, und es ist bisher die Absicht Sr. Majestät des Kaisers und der verbündeten Regierungen, sich nach wie vor jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs und jeder Bestimmung über die Zukunft eines großen Nachbarvolkes zu enthalten. Daß dieser Entschluß nur bis zu der Grenze durchgeführt werde, wo die Interessen Deutschlands durch weitere Enthaltung gefährdet werden, wo namentlich die Ergebnisse des Präliminarfriedens dadurch in Frage gestellt werden könnten, daß eine faktische Regierung in Frankreich, sei es die jetzige, sei es eine künftige, ich will nicht sagen, den Willen, wohl aber die Macht nicht hätte, ihn auszuführen; wo diese Grenze eintritt, kann nur die Zukunft lehren. Sollte sie erreicht werden, nach der Ueberzeugung, die nur aus der Gesamtlage der Politik Europas sowohl, wie Frankreichs ihre Elemente und die Gründe der Entschliebung entnehmen kann, sollte sie erreicht werden, dann würden wir mit Bedauern, aber mit derselben Entschlossenheit, mit der wir bisher gehandelt haben, das Nachspiel dieses Krieges zu Ende führen.«